

# Mit klaren Streitthemen steigt Wahlbeteiligung

Politologe vom Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock analysiert Landtagswahl 2011

Die geringe Wahlbeteiligung bei den Landtags- und auch den Landratswahlen ist nach Ansicht des Politologen Martin Koschkar kein Zeichen für allgemeine Politikverdrossenheit. Die Gruppe der Nichtwähler sei keine einheitliche, sondern sehr diffus, sagte der Rostocker Wissenschaftler im Gespräch mit den LandtagsNachrichten. Eine Wahlpflicht lehnt er ab und fordert stattdessen „klare Streitthemen“ und kontinuierliche politische Bildung. Mehr zu Hintergründen und Ursachen des Wahlergebnisses im nachfolgenden Interview mit dem Rostocker Experten.

**Herr Koschkar, die Wahlbeteiligung lag mit 51,5 Prozent noch einmal deutlich niedriger als 2006 (59,1 Prozent). Fast jeder Zweite ist nicht zur Wahl gegangen. Sind das alles Politikverdrossene?**

Nein, nicht alle! Die Nichtwähler sind keine einheitliche Gruppe, sondern auch in ihren Motivationen, nicht zur Wahl zu gehen, sehr diffus: Enttäuschung, aber auch allgemeines Desinteresse an Politik sind möglich.

In der Wahlforschung ist dies schwierig zu analysieren, da sich Nichtwähler nicht an Nachwahlauffragen beteiligen bzw. sich nicht als Nichtwähler zu erkennen geben.

Die Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern war zwar niedrig, ist aber mit Blick auf andere Bundesländer keine Ausnahme. Die Rahmenbedingungen eines konfliktarmen Wahlkampfes aus einer großen Koalition heraus waren ungünstig für eine hohe Mobilisierung – das hat auch die Bundestagswahl 2009 gezeigt.

**Angesichts dieser Entwicklung wird sogar der Ruf nach einer Wahlpflicht laut. Wäre das eine Lösung?**

Ich denke nicht. Sind klare Streitthemen vorhanden, steigt auch die Beteiligung. Das Beispiel Stuttgart 21 hat dies im März in Baden-Württemberg eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Eine Wahlpflicht ist hierbei nicht förderlich. Die Wahl-



Foto: privat

Martin Koschkar, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock

freiheit in Deutschland schließt auch die Möglichkeit der Nichtwahl mit ein. Eine fortwährende Aufklärung über die Bedeutung der eigenen Stimmabgabe und über die Verantwortung in einer freiheitlichen Gesellschaft sind richtige Ansätze. Durch eine kontinuierliche politische Bildung lässt sich dies am besten erreichen.

**Der Anteil der ungültigen Stimmen ist mit fast vier Prozent sehr hoch. Dies scheint ein Trend zu sein – im Internet rufen Initiativen sogar zum Ungültigwählen auf. Was ist die Botschaft, und was halten Sie davon?**

Die Zahl der ungültigen Stimmen ist im Vergleich zu den vergangenen Landtagswahlen deutlich angestiegen. Dafür kann es verschiedene Erklärungen geben, denn die genaue Motivation wird in der Statistik nicht erfasst. Somit müssen sowohl Absicht als auch unabsichtliche Fehler unterstellt werden, immerhin hatten in bestimmten Regionen Wählerinnen und Wähler bis zu fünf Stimmzettel mit unterschiedlicher Stimmgebung in der Wahlkabine. Klar ist, ungültige Stimmen zählen in Mecklenburg-Vorpommern nicht in das Endergebnis. Sie verändern somit nicht die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Parteien. Das absichtliche Ungültigwählen ist durchaus eine politische Aussage. Über die Mitgliedschaft in einem Verband oder einer Partei kann man meines Erachtens dennoch mehr bewegen.

**Die FDP hat die Fünf-Prozent-Hürde weit verfehlt, die Grünen dagegen sind von 3,4 im Jahr 2006 auf 8,7 Prozent hochgeschwungen. Angesichts der geringen Mitgliederzahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in M-V stellt sich die Frage: Wo kommen die Stimmen für die Grünen her?**

Die Grünen haben insbesondere Wähler von SPD und CDU gewonnen. Sie konnten auch aus dem Lager der Nichtwähler mobilisieren. Der Zugewinn von der SPD hat sicher auch damit zu tun, dass die Grünen in der Öffentlichkeit als potenzieller Koalitionspartner der Sozialdemokraten an-

gesehen wurden. Ansätze einer taktischen „Lagerwahl“ für ein rot-grünes Regierungsbündnis können also durchaus unterstellt werden. Insgesamt haben die Grünen in der regionalen Verteilung des Stimmergebnisses ihre Struktur von 2006 ausgebaut. Hochburgen sind die urbanen Zentren des Landes wie die Universitätsstädte Greifswald und Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin. Auch die „Speckgürtel“ der Städte sind „grüner“ geworden. Das sieht man klar im Landkreis Rostock, aber auch in Nordwestmecklenburg im Einzugsfeld von Lübeck. Eine schwächere Wählerstruktur haben die Grünen weiterhin im ländlichen Raum. Zusätzlich haben die Bündnisgrünen stark vom bundespolitischen Rückenwind – dem Bundestrend – profitiert. Dies bleibt in Mecklenburg-Vorpommern für die kleineren Parteien ein zentraler Einflussfaktor für Wahlerfolge.

**Wie beurteilen Sie das Wahlergebnis der NPD?**

Die NPD hat im Vergleich zu 2006 ein Drittel an absoluten Stimmen verloren. Blickt man auf die regionale Verteilung, so zeigt sich eine strukturelle Verfestigung im östlichen Landesteil. Auch das Wählerklientel scheint sich mit Blick auf Alters- und Geschlechtsverteilung verfestigt zu haben. Es sind insbesondere junge Männer, von denen die NPD überdurchschnittlich gewählt wird. Konnte sich die Partei als „Kümmerer“ profilieren, standen ihre Chancen auch in der Vergangenheit nicht schlecht. Insbesondere wenn die Problemlösungskompetenz der anderen Parteien in einigen Themenfeldern – wie zum Beispiel bei Abwanderung oder Entwicklungskonzepten für den ländlichen Raum – als nicht ausreichend wahrgenommen wird. Dies war 2011 der Fall. Neben der weiterhin notwendigen Aufklärung über den undemokratischen Charakter der NPD müssen diese Problemlagen von den demokratischen Parteien stärker in den Blick genommen werden.

**Es gibt Wahlkreise, in denen das Wahlergebnis der Direktkandidaten stark von dem Zweitstimmen-Anteil ihrer Partei abweichen. Beispielsweise liegt Harry Glawe von der CDU in seinem Wahlkreis mehr als 13 Prozentpunkte über dem Ergebnis seiner Partei. Gleichzeitig sind durch die Listenaufstellung der Parteien Personen ins Parlament gewählt worden, deren Erststimmenanteil in ihrem Wahlkreis noch nicht einmal fünf Prozent betrug. Welche Rolle spielen Personen für die Wahlentscheidung?**

Die Wahrnehmung von Personen ist neben der langfristigen Parteienbindung und der Themenkompetenz ein zentraler Einflussfaktor für die Wahlentscheidung. Primär ist die Personalisierung bereits über die Erststimme im Wahlrecht gesichert, genauso wie der Einfluss der Parteien über die Landeslisten in Form der Zweitstimme. Der Direktkandidat eines Wahlkreises ist nicht nur Vertreter der Region, sondern auch der direkte Kontakt der Bürgerinnen und Bürger in das politische System hinein. Wahlkreisbüros und Bürgersprechstunden unterstützen diese Funktion. Personalisierung wird auch im Wahlkampf genutzt, um die Bekanntheit oder die wahrgenommene Kompetenz einer Person für die entsprechende Partei zu nutzen. Die Wahlentscheidung liegt aber letztlich immer im Spannungsfeld von Kandidat, Thema und Parteibindung. Welcher Faktor überwiegt, entscheiden die Wählerinnen und Wähler selbst. Das kann sich von Wahlkreis zu Wahlkreis deutlich unterscheiden.

**Herr Kostkar, vielen Dank für das Gespräch.**

**Abgeordnete des Landtages mit dem höchsten und dem niedrigsten Erststimmenergebnis**

Höchstes Erststimmen-Ergebnis			Niedrigstes Erststimmen-Ergebnis		
Harry Glawe, CDU	49,9 %	Direktmandat	Udo Pastörs, NPD	3,6 %	Listenmandat
Dr. Till Backhaus, SPD	48,4 %	Direktmandat	David Petereit, NPD	5,4 %	Listenmandat
Manuela Schwesig, SPD	46,2 %	Direktmandat	Stefan Köster, NPD	6,1 %	Listenmandat

**Wahlbeteiligung 1990 bis 2011**

	1990	1994	1998	2002	2006	2011
Wahlberechtigte	1 417 861	1 376 877	1 404 552	1 408 355	1 415 321	1 373 932
Wähler	918 210	1 003 116	1 115 634	993 822	837 018	708 111
Wahlbeteiligung	64,8 %	72,9 %*	79,4 %*	70,6 %*	59,1 %	51,5 %

\* Die Landtagswahlen fanden parallel zur Wahl des Bundestages statt

Statistisches Landesamt M-V

Regional betrachtet schwankte die Wahlbeteiligung 2011 relativ stark. Am höchsten war sie in den Wahlkreisen Bad Doberan II mit 59,1 Prozent, Schwerin I mit 58,8 Prozent und Rostock III mit 58,7 Prozent. Am geringsten war die Beteiligung dagegen in Stralsund II mit 34,9 Prozent, Rügen II mit 46,1 Prozent und Demmin I mit 46,6 Prozent.